

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Möglichkeiten des deutschen Exports

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Möglichkeiten des deutschen Exports, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 11, pp. 609-612

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131982>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

zösischer Vertrag setzt grundsätzlich der französisch-saarländischen Verwaltungsgemeinschaft ein Ende zugunsten des Saargebiets. Paris bleibt aber fest davon überzeugt, daß aus rein wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitserwägungen die Saarregierung Frankreich weiterhin wenn nicht paritätisch, so doch in bedeutendem Umfange an der Verwaltung der Saargruben beteiligen wird. Die Marktverhältnisse für Kohle liegen heute in Europa ungünstig. Es ist für die Saar ein wichtiges Aktivum zu wissen, daß ihre Kohle zu gleichen Bedingungen in Frankreich abgesetzt werden kann wie die Erzeugnisse der französischen Gruben. In Anbetracht der hohen Haldenbestände der französischen Gruben wäre es für die französische Regierung eine naheliegende Versuchung, für einige Zeit den eigenen Markt der Saarkohle teilweise zu verschließen. Gegen dieses Risiko will sich Saarbrücken selbstverständlich durch eine geeignete Vereinbarung mit Frankreich über die Verwaltung der Kohlengruben sichern.

Abschließend ist festzustellen, daß die tatsächlichen Querverbindungen zwischen der französischen und der saarländischen Wirtschaft ebenso wie die natürliche Hinneigung des Saargebiets nach Lothringen von größerer Bedeutung sind als alle juristischen Bestimmungen und infolgedessen bis auf weiteres die französisch-saarländische Wirtschaftsunion ziemlich unverändert fortbestehen sollte.

Die Krise der Koalition

Besonders in den kontinentalen Staatssystemen ist der Begriff der Koalition zum immanenten Bestandteil der demokratischen Idee geworden. Im allgemeinen zwingt das Mehr-Parteien-System zur Koalition. Und auch dort, wo die Koalition nicht zwangsweise aus den Mehrheitsverhältnissen gefordert wird, wie gegenwärtig in der Bundesrepublik, wird sie als Träger einer breiten Regierungsbasis geschätzt. Wir wissen, daß der Koalition bei knappen Regierungsmehrheiten die Schwäche plötzlicher und vielleicht oft unbesonnener Regierungskrisen innewohnt, wie uns das Beispiel der Weimarer Republik gezeigt hat und die gegenwärtigen Verhältnisse einer Reihe europäischer Staaten noch zeigen. Der Koalition wohnt aber auch eine Stärke inne, die nicht zu unterschätzen ist: sie zwingt das jeweilige Kabinett, in gewissem Sinne überparteilich zu handeln, und sie zwingt die Regierungsmitglieder, sich nicht als Parteifunktionäre zu betrachten.

Die gegenwärtige Koalitionskrise der Bundesrepublik läßt zwar keine Regierungskrise erwarten, sie sollte aber trotzdem nicht leicht genommen werden. Man kann den Koalitionsparteien nicht vorwerfen, daß sie bisher mit der Koalitionsfrage Mißbrauch getrieben hätten, um im Kabinett die Durchführung ihrer eigenen Interessen zu erpressen, wobei es dahingestellt sei, ob aus echter Kompromißbereitschaft oder aus Erkenntnis der Erfolglosigkeit. Die aktuelle Frage der Pariser Verträge und insbesondere des Saarabkommens sind zweifellos genügend schwerwiegende Probleme, um die Koalitionsfrage zu rechtfertigen. Der leidenschaftliche Ernst der Problematik sollte auch von der tragenden Regierungspartei gewürdigt werden, selbst wenn sie keine Regierungskrise befürchten muß.

Die große Frage, die uns alle bewegt, ist, ob das gegenwärtige Saarabkommen — wie es dem Wortlaut nach behauptet — tatsächlich in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht ein Provisorium darstellt oder ob es nicht in vielen Punkten eine Entwicklung vorzeichnet, die von uns keinesfalls gewünscht wird. Zweifellos wird vieles darauf ankommen, wie dieser Rahmenvertrag in seinen detaillierten Abmachungen konkretisiert wird. Es wäre aber beruhigender, wenn sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht trotz aller internationalen Verflochtenheit das Saargebiet auch von Frankreich im Prinzip als Bestandteil des deutschen Staates selbst in diesem Provisorium anerkannt würde. Eine einigermaßen befriedigende Klärung in diesem Punkte würde die große Verantwortung wesentlich mildern, die das Parlament mit der Ratifizierung der Verträge übernimmt, zumal ja das deutsche Grundgesetz keine Möglichkeit eines direkten Referendums vorsieht. (sk)

Möglichkeiten des deutschen Exports

Am 9. November fand im Übersee-Club in Hamburg eine Vortragsveranstaltung statt, auf der Dr. W. v. Golowatsch, Leiter der Forschungsstelle Weltwirtschaftskonjunktur, und Dr. H. v. d. Decken, Leiter der Forschungsstelle Agrarwirtschaft, beide im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, über die Möglichkeiten des deutschen Exports sprachen, vornehmlich des Exports nach Lateinamerika und Ostasien. Wir veröffentlichen nachstehend die wesentlichen Gedankengänge beider Vorträge sowie die wichtigsten Punkte aus der anschließenden Diskussion.

Referent: Dr. W. v. Golowatsch

Exportmöglichkeiten und Weltkonjunktur

Das Interesse des Kaufmanns an seinen ausländischen Absatzmärkten ist zweifacher Art: er muß einmal „strukturelle“ Marktforschung betreiben, um sich für seine langfristig wirksamen Dispositionen, in erster Linie Investitionsvorhaben, die notwendigen Unterlagen zu be-

schaffen, und er muß zum anderen über kurzfristige, konjunkturelle Entwicklungstendenzen sich unterrichten, um Anhaltspunkte für seine ebenfalls kurzfristigen Ein- und Verkaufsdispositionen zu gewinnen. Hier soll versucht werden, etwas über die Aussichten des deutschen

Exports, speziell nach Lateinamerika und Ostasien, während der nächsten Monate oder höchstens des nächsten Jahres auszusagen.

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Entwicklung in einem einzelnen Land oder einer einzelnen Branche muß unbedingt im Gesamtzusammenhang der weltwirtschaftlichen Verflechtung betrachtet wer-

den, und eine Untersuchung über die deutschen Exportmöglichkeiten für die genannten Gebiete hat auszugehen von den wahrscheinlichen Entwicklungstendenzen in der wirtschaftlichen Situation der freien Welt. Gerade die hier vor allem interessierenden überseeischen Agrar- und Rohstoffländer setzen einen unverhältnismäßig großen Teil ihrer zum Absatz auf dem Markt bestimmten Erzeugung nicht im eigenen Land ab, sondern sind gezwungen, ihn in die Industrieländer zu exportieren. So stellt ihre konjunkturelle Entwicklung gewissermaßen eine Funktion der Konjunktorentwicklung in den Industrieländern dar, von denen ja die maßgebende Nachfrage nach ihren Produkten ausgeht. Der von den Industrieländern ausgeübte Einfluß wird sogar in verstärktem Maße übertragen, da die Preise für Nahrungsmittel und Industrierohstoffe erheblich größeren Schwankungen unterworfen sind als die Preise für industrielle Fertigwaren, was zum Teil bedingt ist durch die je nach der Konjunkturlage vorherrschenden Tendenzen zur Auffüllung bzw. zum Abbau der Rohstofflager. Die Agrar- und Rohstoffländer leiden folglich unter einer besonderen Konjunkturrempfindlichkeit.

Konjunkturrückgang in den USA

Der im vergangenen Jahr eingetretene Konjunkturrückgang in den USA mußte zwangsläufig die dortige Nachfrage nach industriellen Rohstoffen vermindern und so entsprechende Rückwirkungen auf die Absatzlage der Agrar- und Rohstoffländer haben. Diese Rückwirkungen konnten bisher nur dadurch weitgehend aufgehoben werden, daß die Konjunktorentwicklung in Westeuropa weiterhin günstig verlief, so daß die Nachfrage nach industriellen Rohstoffen global gesehen sich kaum verändert hat. Der Rückschlag in den USA geht in erster Linie auf ein Nachlassen der Investitionstätigkeit zurück, die in der Nachkriegszeit unvorstellbare Ausmaße erreicht hatte. In Westeuropa kann von einer Sättigung des Investitionsbedarfs noch keine Rede sein, und es ist für die nähere Zukunft zweifellos noch mit einem Andauern der günstigen Konjunktur zu rechnen.

Da die Ursachen des Rückganges in den USA auf längerfristige Erscheinungen zurückgeführt werden müssen, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sich in den kommenden Monaten aus der amerikanischen Wirtschaft selbst keine neuen Anregungen ergeben werden.

Aktive Konjunkturpolitik?

Die einzige Möglichkeit zur Überwindung der dortigen Stagnation muß in einer aktiven Konjunkturpolitik der amerikanischen Regierung gesehen werden, die notwendigerweise ein Defizit im Staatshaushalt in Kauf nehmen müßte. Bei den für die USA geltenden Größenordnungen müßte dieses Defizit zwischen 15 und 20 Mrd. DM betragen, um den sonst zu befürchtenden weiteren Ausfall an Kaufkraft wettmachen zu können.

Das Problem, das die weltwirtschaftliche Entwicklung der nächsten Zeit bestimmen wird, läßt sich also auf die Frage zusammendrängen, ob und in welchem Maße die amerikanische Regierung bereit sein wird, weitere konjunkturstützende Maßnahmen einzuleiten, um den Produktionsstand mindestens auf gleichem Stand zu halten oder sogar den Anstoß zu einer erneuten Aufwärtsentwicklung zugeben. Auch das Problem der amerikanischen Lagerhaltung auf dem Wege über das agrarische Preisstützungssystem und zur Anlegung strategischer Rohstoffreserven ist in diesem Zusammenhang von eminenter Bedeutung.

Die republikanische Regierung war bisher auf diesem Gebiet sehr zurückhaltend, und es bleibt also abzuwarten, ob aus dem Wahlsieg der Demokraten ein massiveres Vorgehen resultieren wird. Das aber ist ein Politikum, über das die Wirtschaftswissenschaft keine konkreten Aussagen machen kann.

Bei der ausschlaggebenden Bedeutung, die den USA für die wirtschaftliche Entwicklung der freien Welt zukommt, müßten die Agrar- und Rohstoffländer mit ernsthaften Schwierigkeiten rechnen, falls es nicht gelingt, die Stagnation der amerikanischen Wirtschaft zu überwinden. Schon jetzt wird aus verschiedenen Ländern (Indonesien, Türkei, Brasilien, Chile) über zunehmende Zahlungsschwierigkeiten

berichtet. Rückwirkungen zeichnen sich auch bereits in der Entwicklung Großbritanniens ab, wo der bisherige Konjunkturaufschwung an Tempo zu verlieren beginnt. Überhaupt kann Europa höchstens vorübergehend, aber niemals auf die Dauer ein Gegengewicht zum amerikanischen Nachfrageausfall bilden.

Rückwirkungen auf die deutsche Ausfuhr

Die deutsche Ausfuhr hat sich in den vergangenen Jahren leichter entwickeln können als die Ausfuhr anderer Länder, da es sich hier in der Hauptsache um die Rückgewinnung der traditionellen alten Märkte handelte, die in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren verloren gegangen waren. Diese Phase der Rückgewinnung ist aber jetzt im wesentlichen abgeschlossen.

Da es jetzt darauf ankommen wird, in fremde Märkte einzubrechen, wobei naturgemäß mit stärkerem Widerstand seitens der betreffenden anderen Industrieländer zu rechnen ist, und die Weltkonjunktur nunmehr bestenfalls stagniert, wird eine weitere Ausfuhrsteigerung nicht mehr so leicht zu erzielen sein. Im einzelnen hängen natürlich die Ausfuhrmöglichkeiten stets von den besonderen Kaufkraftverhältnissen der Aufnahmeländer ab. So war z. B. die Situation in den Kaffee und Kakao erzeugenden Ländern bisher nicht allzu bedenklich, ja vielfach sogar ausgesprochen günstig, da sie von den hohen Weltmarktpreisen für diese Waren profitierten, während andere Rohstoffländer bereits mit zunehmenden Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Sollte sich der amerikanische Konjunkturrückschlag fortsetzen, dürften indes über kurz oder lang auch hier erhebliche Schwierigkeiten auftauchen. Auch in den ostasiatischen Ländern hängen die weiteren Aussichten im wesentlichen von der konjunkturellen Entwicklung in den USA ab.

Geht man von der Annahme aus, daß die amerikanische Regierung einen weiteren Rückgang der amerikanischen Konjunktur nicht zulassen und auch ihre Stockpilingkäufe etwa im bisherigen Umfang fortsetzen wird, so dürfte die wirtschaftliche Situation der Agrar- und Rohstoffländer in absehbarer Zeit

keine wesentliche Verschlechterung erfahren. Andererseits deuten aber auch kaum irgendwelche Momente auf eine baldige allgemeine Steigerung der Weltnachfrage hin, so daß zunächst bestenfalls mit einer Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Nachfrageumfangs zu rechnen ist. Die Lage der deutschen Ausfuhrwirtschaft wird davon sehr eng berührt, und wenn auch auf Spezialgebieten Ausnahmen sehr wohl möglich sind, dürfte doch insgesamt

eine weitere Steigerung der Exporte größeren Schwierigkeiten begegnen als in den vergangenen Jahren. Gerade deswegen muß die deutsche Ausfuhrwirtschaft in den nächsten Jahren alles daran setzen, vorhandene Chancen soweit wie nur irgend möglich auszunutzen, zumal in der nächsten Zeit auch das Problem der Aufrüstung zu lösen sein wird, das nur zu leicht die Aufmerksamkeit von den Auslandsmärkten in gefährlicher Weise ablenken könnte.

nutzt werden können wie im Ausland. Darüber hinaus aber fallen auch der Exportwirtschaft wesentliche Aufgaben zu, denn ohne eine intensive Zusammenarbeit zwischen Exporteuren und Landwirten lassen sich diese Aufgaben nicht lösen.

Zur näheren Skizzierung dieser Aufgaben sei hier nur ein praktisches Beispiel angeführt, nämlich das des Exports von Milcherzeugnissen. Auf den Weltmärkten für Milch haben sich in den letzten 20 Jahren wichtige Strukturwandlungen vollzogen: der Welthandel mit Butter hat erheblich abgenommen, während im Welthandel mit Käse, Trockenmilch und Milchkonserven ein riesiger Aufschwung zu verzeichnen ist. Den Gewinn von dieser Entwicklung haben die Niederlande, Dänemark und die USA gehabt. Der Welthandel mit diesen Erzeugnissen wird sich aber offenbar noch weiter ausdehnen, und hier scheinen sich für eine Einschaltung Deutschlands große Möglichkeiten zu bieten. Voraussetzungen dafür sind einmal die Produktion standardisierter Qualitätswaren in so großen Mengen, daß damit wirklich Exporte auf Abruf getätigt werden können, und zum anderen der Aufbau eines Absatzapparates im Ausland. Dazu gilt es zunächst, detailliert über das Sorten- und Qualitätsproblem auf den Auslandsmärkten orientiert zu sein. Daneben aber muß eine regelrechte Exportproduktion aufgebaut werden, denn mit den bisher oft schon getätigten sporadischen Exportgeschäften zur Behebung periodischer Überschussituationen läßt sich natürlich kein Dauerexport erreichen. Hier wäre eine zweckentsprechende Zusammenfassung des Angebots (d. h. der Molkereien), ständige Lieferfähigkeit standardisierter Ware, staatliche Exportkontrolle etc. notwendig. Hier wäre aber auch ein ausgebautenes Absatznetz unerlässlich, von einem schlagkräftigen Ver-

Referent: Dr. H. v. d. Decken

Chancen für den deutschen Agrarexport

Es mag zunächst erstaunlich klingen, daß man deutsche Agrarexporte als eine Zukunftsaufgabe bezeichnet, da ja bekannt ist, daß von den 51 Mill. Einwohnern Westdeutschlands nur etwa zwei Drittel aus echter inländischer Erzeugung mit Lebensmitteln versorgt werden. Aber auch die benachbarten Niederlande, die ebenso überbevölkert sind wie Westdeutschland, versorgen sich nur zu zwei Dritteln mit Lebensmitteln aus eigener inländischer Produktion; im Gegensatz zu Deutschland jedoch bringen dort nicht die industriellen Exporte die Devisen für das noch fehlende Drittel an Nahrungsmitteln auf, sondern die Landwirtschaft selbst, und zwar durch einen Veredelungsexport.

Das holländische Beispiel

Das holländische Beispiel dürfte für die Beurteilung der deutschen Möglichkeiten interessant sein.

Die Holländer führen z. B. wesentlich mehr Futtermittel ein, als sie benötigen würden, um mit Hilfe der eigenen Viehbestände ihre Wohnbevölkerung mit Eiern, Milch, Käse, Fleisch zu versorgen; dadurch können sie große Überschüsse an Schweinefleisch, Butter und Eiern erzeugen und exportieren. Die dabei erzielten erheblichen Veredelungsgewinne dienen zum Ankauf von Brot, Weizen, Zucker, pflanzlichen Fetten etc. Weitere Beispiele dieser landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion sind die „Glashaus-Industrie“ (eine holländische Spezialität) und die entsprechenden Ausfuhren von Treibhaus- und

Freiland-Blumen und -Blumensamen, von Tomaten, Qualitätsobst, Edelmüsen etc. Ferner werden hochwertige Zuchtpferde und Zuchtrinder ausgeführt und dafür billige Schlachtrinder und Schlachtpferde zur Deckung des einheimischen Fleischbedarfs eingeführt. Auf gleicher Ebene liegen die Einfuhr billiger Eipräparate und die Ausfuhren hochwertiger Frischeier.

Mit Hilfe dieser Deviseneinnahmen gelingt es der holländischen Landwirtschaft tatsächlich, die einheimische Bevölkerung zu 100% mit Lebensmitteln zu versorgen, obwohl der Nahrungsspielraum an sich nur für zwei Drittel der Bevölkerung ausreichen würde. Dieser Erfolg ist der holländischen Landwirtschaft nicht in den Schoß gefallen, sondern wurde in rund 50jährigem zielbewußten Bemühen erarbeitet.

Voraussetzungen in Deutschland

Etwas Ähnliches sollte sich auch in Deutschland erreichen lassen; denn Boden und Klima sind hier nicht ungünstiger, und die deutschen Bauern sind sicherlich genau so tüchtig. Außerdem ergeben sich bei einzelnen westdeutschen Agrarprodukten bereits Absatzschwierigkeiten, so bei einigen Gemüse- und Obstsorten, bei Milch und anderem. Zunächst einmal wäre es natürlich die Aufgabe der Agrarpolitik, hier die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Grund und Boden und die landwirtschaftliche Arbeitskraft in Deutschland ebenso produktiv ge-



VEREINSBANK IN HAMBURG AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
20 GESCHÄFTSBETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN, KIEL

treterstab bis zu geeigneter Kundenwerbung. Auch wäre auf eine erheblich verstärkte Einschaltung der Wirtschafts- und Landwirtschafts-Attachés an den deutschen Botschaften nicht zu verzichten, vor allem zur Anfertigung detaillierter Marktanalysen und zur gründlichen Unterrichtung des Exporteurs.

Steigerungsmöglichkeiten

Im Jahre 1953 betrug die westdeutsche Ausfuhr von Ernährungsgütern nur 476 Mill. DM gegenüber 788 Mill. RM im Jahre 1928. Schon als Nahziel sollte ein Export von Ernährungsgütern in der Größenordnung von etwa 1 Mrd. DM durchaus erreichbar sein und mit Nachdruck angestrebt werden. Die Vorteile wären offensichtlich. Für

Hauptpunkte der Diskussion

In der den beiden Referaten folgenden Diskussion wurden die bisherigen Erfolge der westdeutschen Ausfuhrbemühungen durchaus bestätigt, jedoch gaben alle Sprecher der anwesenden Exportwirtschaft eine recht pessimistische Beurteilung der zukünftigen Entwicklung.

Exportfinanzierung

Westdeutschlands Exporterfolge im vergangenen Jahr wurden teils durch die hohen Deviseneinnahmen der Agrarländer, teils auch durch Gewährung ausländischer Hilfe begünstigt. Beide Momente dürften in Zukunft nicht mehr wirksam sein. Die Überseeländer haben durchweg mit erheblichem Bevölkerungsdruck zu kämpfen, den sie durch eine forcierte Industrialisierung zu mildern versuchen. Derlei Projekte sind aber mit erheblichem Kapitalbedarf verbunden, und darum wenden sie sich an die USA und teilweise auch an europäische Länder um Hilfe. Bei entsprechenden Verhandlungen pflegen sie vorzurechnen, daß eine kapitalmäßige Hilfestellung durchaus in Interesse der Industrieländer liege, da die Überseeländer nach Vorantreibung dieses Industrialisierungsprozesses auch wieder in verstärktem Maße Industriegüter abzunehmen in der Lage wären. Solche Angebote werden hierzulande aber heute sehr kühl aufgenommen. Von den Exporteuren wird mittelfristige Finanzierung gefordert, während doch

die Landwirtschaft würde diese Entwicklung höhere Produktion und höhere Erträge bringen, für die Volkswirtschaft eine bessere Ausnutzung des Bodens und der vorhandenen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, für den Inlandsmarkt eine Vermeidung von Überproduktion auf Teilgebieten und einen gleichmäßigeren Marktablauf, für die Devisenwirtschaft höhere Einnahmen und dadurch eine Erleichterung der Einfuhr von Agrarprodukten wie von industriellen Rohstoffen, und für den Exporthandel endlich erhöhte Umsätze. Es scheint daher nicht abwegig, daß auch die Exportwirtschaft sich in verstärktem Maße für die Chancen des deutschen Agrarexports interessiert.

eine langfristige Finanzierung über den Kapitalmarkt angebracht wäre.

Große Industrierwerke interessieren sich früher nur für die Lieferung selbst. Finanzierungsfragen gingen sie nichts an. Heute empfinden sie es als sehr peinlich, daß die Finanzierung auf sie abgewälzt werden soll. Tatsächlich sind auch die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit schon erreicht. Es erscheint fraglich, ob andere Länder zur Finanzierungshilfe bereit sind, die USA scheinen es jedenfalls nicht mehr zu sein! Auch können die deutschen Exporteure in Zukunft keine wirksame Unterstützung von Regierungsseite erwarten, etwa in Form von Exportsubventionen etc. Das Ergebnis ist also, daß auch aus diesen Gründen in der Exportwirtschaft die weiteren Aussichten nicht mehr so günstig beurteilt werden wie bisher.

Gefahren der Konvertibilität

Das Kapitalproblem wurde noch aus anderer Sicht beleuchtet: Die Exportwirtschaft hat sich daran gewöhnt, für ihre Lieferungen Bezahlung „per Kasse“ zu erwarten, wodurch eine längerfristige Finanzierung der Bank deutscher Länder aufgebürdet wurde. Tatsächlich verpflichtet in der heutigen Situation ein großes Exportvolumen dazu, zur Investition beizutragen. Die Exportwirtschaft kann aber aus Gründen mangelnder Kapitalkraft diese Aufgabe nicht übernehmen, sondern dies würde an sich der BdL obliegen. Diese ist jedoch ebenfalls dazu

nicht bereit, und gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium hat sie einen Ausweg in einem Übergang vom bilateralen System zu einem System beschränkter Konvertibilität gesucht. Die Exportwirtschaft warnt davor, auf diesem Gebiet allzu sehr zu generalisieren, denn viele Überseeländer sind einfach nicht in der Lage, das Spiel der beschränkten Konvertibilität mitzuspielen. Unter einer Übertreibung so forciert Konvertibilitätsbemühungen müßte gerade die Exportwirtschaft erheblich leiden.

Baisse-Tendenzen

Aus Bankkreisen wurde auf die Gefahr verwiesen, die der weiteren konjunkturellen Entwicklung durch die Spekulation an den internationalen Wertpapierbörsen droht: Es werden große Hoffnungen daran geknüpft, daß in den USA spätestens im nächsten Frühjahr eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit einsetzen wird. Aber man sollte nicht übersehen, daß wichtige Gruppen an einer solchen Belebung gar nicht interessiert sind. Es sind zum Teil erhebliche Vermögen angesammelt worden, die jetzt disponibel sind und die im Falle eines weiteren Rückschlages stark im Wert steigen würden: die Aktienkurse wurden hochgetrieben, man konnte unter Gewinnrealisation selbst Aktien abstoßen und das Feld anderen überlassen, worauf man dann sein Geld zunächst zinslos liegen ließ. Beobachtungen an den Wertpapierbörsen in Zürich, Amsterdam und London, besonders aber in New York haben die Wellenbewegung erkennen lassen, die nach umfangreichen Gewinnmitnahmen zu einem Kursverfall und anschließender Wiederaufwärtsbewegung führte. Weitere Steigerungen scheinen aber im Augenblick nicht mehr möglich, und in diesem Zeitpunkt muß sich das Kapital anderen Betätigungen zuwenden, was nur à la baisse geschehen kann. Gerüchtweise verlautet, daß sich in den USA ein Machtkampf vorbereitet, aus dem die eine Seite sich nicht gerade einen „Schwarzen Freitag“ erhofft (der sie selbst natürlich auch in Mitleidenschaft ziehen würde), der aber immerhin zu einem für diese Kreise recht gewinnbringenden Rückschlag führen soll. H. K.